

Das konservative Weltbild als Wertesystem – Was ist das?

Vortrag von Dr. Friedrich Bielfeldt
www.hanseatisches-kulturkontor.de

Freitag, 01. Februar 2013

**Gesellschaft zur Erforschung und Förderung angewandten Philosophierens,
GEFAP e.V., Hamburg**

Im politischen Alltag(sgeschäft) beschränken sich Bürger bzw. Wähler aber auch Politiker und Wissenschaftler darauf, der Einfachheit halber zwischen dem „linken“ und dem „rechten“ Lager zu unterscheiden – was immer das auch sein soll. Dabei wird dem angeblich moralisch überlegenen „linken“ Lager oftmals noch die Attitüde sozialdemokratisch, sozialistisch oder struktur- bzw. wirtschaftskonservativ beigemischt, während das sogenannte „rechte“ Lager oftmals – zumindest in den Augen einiger kommunistischer Pastoren – als moralisch minderwertig eingestuft wird. Dieses sogenannte „rechte“ Lager, das es meines Erachtens nach so gar nicht gibt, wird dabei als konservativ, wertkonservativ oder bürgerlich bezeichnet.

Für mich persönlich ist das Thema dieses Vortrages ein sehr spannendes und herausforderndes. Denn zum einen bin ich seit Oktober 1993 CDU-Mitglied, zum anderen aber arbeite ich seit Oktober 2011 für die CDU-Bürgerschaftsfraktion als wissenschaftlicher Referent für die Ressorts Kultur und Medien. Aus dieser Sicht stellt das Thema für den Referenten eine Standortbestimmung dar, einen Exkurs, der es ihm ermöglicht zu formulieren, auf welchen geistigen und politischen Grundlagen er steht, und diese Grundlagen überhaupt einmal zu strukturieren.

Nun mag man denken, der Referent ist schon so lange Parteimitglied, arbeitet gar für seine Bürgerschaftsfraktion, hat eine halbwegs gute Ausbildung – wo ist das Problem? Doch darum geht es nicht. Denn unabhängig vom amorphen Wissen darum, warum man sich als konservativ definiert und warum man CDU-Mitglied ist, existiert ein ganz alltägliches Problem, das sich auf der Ebene der Policy im Sinne von politischen Regelungen und auf der Ebene der Politics im Sinne von Wahlprogrammen bewegt – das Problem der inhaltlichen Annäherungen der politischen Parteien. In der Zeit der rot-grünen Regierung bemängelte man die angebliche Annäherung der SPD an FDP-Politik, wenn man an die Agenda 2010, Hartz 4 oder auch die Rürup-Rente denkt, und an CDU-Politik, wenn man an die Sicherheitsgesetze Otto Schilys denkt, die sog. Otto-Kataloge, die lustigerweise durch die Tabaksteuer finanziert werden. Rauchen für den Frieden – wie links ist das?

Andererseits bemängelte man in der ersten Regierung Merkel, der Großen Koalition von 2005 bis 2009, die zunehmende Sozialdemokratisierung der CDU, wenn man die übertriebene Erhöhung der Mehrwertsteuer oder den Ankauf von Banken durch den Staat denkt. Ist das im bürgerlichen Sinne noch marktwirtschaftlich?

Vor diesem Hintergrund ist es für mich als parteipolitischer und politischer Mensch eine dankbarere aber eben auch schwierige Aufgabe, das heutige Thema zu bearbeiten. Versuchen wir es!

Doch lassen Sie uns, bevor anschließend ins Inhaltliche eingestiegen werden soll, noch ein paar Begrifflichkeit klären, nämlich diejenigen der argumentativen Ebene, auf der man sich im politischen Geschäft bewegen kann. Der Politologe unterscheidet hier im Englischen zwischen Politics, Polity und Polities. Diese Begriffe, die im Deutschen allgemein nur als Politik bezeichnet werden, müssen definiert sein, um trennscharf argumentieren zu können, also um zu wissen, was man meint, wenn man so oder so argumentiert bzw. kulturstreitet.

Definitionen

Policy – Politikfeld im Sinne von Regelungen als Inhalt der Politik, bspw. Familien-, Innen-, Finanzpolitik etc. (inhaltliche Dimension von Politik).

Politics – Strategien und Verfahren der Realisierung von Politik, bspw. Koalitionsverträge oder Wahlprogramme (prozesshafte Dimension von Politik).

Polity – Gemeinwesen, Institutionen und Regierungssysteme, bspw. geregelt in Staatsverträgen, wie etwa dem Grundgesetz oder der Bill of Rights (strukturelle, institutionelle, formelle Dimension von Politik).

Ich würde hier noch zwei weitere Begriffe einführen, nämlich diejenigen der

Politic – in Abgrenzung zu Politics grundsätzliche Haltung bzw. Ausrichtung einer Person oder Personengruppe, wie etwa die Parteimitgliedschaft oder Grundsatzprogramme (grundlegende Haltung der Politik).

Politization – Herausbildung des Menschen bzw. seines Charakters zur Teilnahme an der Polity, bspw. durch Erziehung und Bildung (vopolitische Haltung der Person).

Und lassen Sie uns an dieser Stelle der Genauigkeit halber eine weitere Zuteilung vornehmen:

Ich möchte gerne dem letzten Begriff der **Politization**, die zeitlich vor den anderen Begriffen stattfinden, bevor also der Mensch in die Politik, den Staat etc. eintritt, den Begriff der **Bürgerlichkeit** zuordnen.

Dem vorletzten Begriff der **Politic**, also der grundsätzlichen Haltung möchte ich nun gerne den Begriff des **(Wert)Konservatismus** zuordnen.

Dieser Vortrag geht folglich davon aus, dass ein Individuum, wenn es sich dazu entscheidet wertkonservativ zu sein und als Wertkonservativer in das politische Geschäft einzutreten, zuvor im klassischen Sinne bürgerlich geprägt wurde und sich freiwillig zu dieser Bürgerlichkeit entschieden hat – eben in Abgrenzung zu einer sozialistischen, einer ordoliberalen oder einer linksliberalen bzw. sozialliberalen Ausrichtung.

Anmerkung: In den Augen des Vortragenden existiert die Unterscheidung zwischen ordoliberal bzw. dem Verfassungs- und Wirtschaftsliberalismus und linksliberal bzw. dem sozialen Liberalismus nicht; diese Unterscheidung wird hier nur getroffen, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass sich das liberale-mittlere Lager sich seit über 30 Jahren auf der Ebene der Politics (Grundsatzprogramme) in zwei Parteien aufspaltet – die FDP und die Grünen.

Zur weiteren Vereinfachung hier noch eine weitere Abgrenzung von Begrifflichkeiten – nämlich diejenigen des Konservatismus, des Sozialismus und des Liberalismus:

Konservatismus – Sammelbegriff für politische und geistige soziale Bewegungen, die die Bewahrung der bestehenden Ordnungen zum Ziel haben.

Geistige Grundlage: Max Weber „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ (1904/1905)/Papst Leo XIII. „Rerum novarum“ (1891) – Christliche Soziallehre mit ihren drei wesentlichen Grundsätzen Personalität als Menschenbild mit unantastbarer Würde, Solidarität als Soziallehre des menschlichen Zusammenhalts, Subsidiarität Verantwortlichkeit und Selbsthilfe der kleineren sozialen Einheiten.

Sozialismus/Sozialdemokratismus – eine der im 19. Jahrhundert entstandenen drei großen politischen Ideologien neben dem Liberalismus und Konservatismus, die in ihrer Ausformung nicht eindeutig definiert ist. Der Sozialismus umfasst eine breite Palette von Anarchismus über Parlamentarismus und Demokratie akzeptierenden sozialdemokratischen, reformerischen Bewegungen bis hin zu revolutionär entstandenen, kommunistischen, autoritären oder totalitären Systemen (siehe dazu auch: Realsozialismus) in vielen Varianten. Dabei betont der Sozialismus die Grundwerte Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Geistige Grundlage: Karl Marx „Das kommunistische Manifest“ (1847/1848)/„Das Kapital“ (1867).

Liberalismus – eine politische Bewegung, die eine freiheitliche politische, ökonomische und soziale Ordnung anstrebt. Hervorgegangen ist der Liberalismus aus den englischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts. Leitziel des Liberalismus ist die Freiheit des Individuums vornehmlich gegenüber staatlicher Gewalt.

Geistige Grundlage: Adam Smith „Der Wohlstand der Nationen“ (1776) - Ordoliberalismus/Charles-Louis de Montesquieu (1748) „Vom Geist der Gesetze“ (1748) - Verfassungsliberalismus/John Rawls „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ (1971) - Sozialliberalismus.

Doch beginnen wir nun mit der Grundlage des Wertkonservatismus auf der Ebene der Politization, der sog. Bürgerlichkeit. Wer könnte hier besser eine Beschreibung der sog. Bürgerlichkeit liefern als *Joachim Fest*, von dem ich eine längere Passage aus seinen Essays zitieren möchte, die 2005 unter dem Titel „Bürgerlichkeit als geistige Lebensform“ erschienen:

„Sie [die bürgerliche Welt] repräsentierte alles, was verachtenswert war: den Zweifel gegen jedwede fundamentalistische Position, das Verlangen nach Berechenbarkeit, den Kompromiss, den Respekt vor dem Einzelnen, vor Institutionen und dem bewährten Herkommen sowie das Misstrauen gegen alle grandiosen Projekte, kurz, die Abneigung gegen jeden gesellschaftlichen oder menschlichen Extremismus. Dieser antibürgerliche Affekt ist eine der stärksten Antriebsenergien für so gut wie alle Radikalismen der Epoche [...].[...] Beispielhaft dafür ist noch immer der geradezu wütende Eifer, mit dem Johannes R. Becher sich wieder und wieder ermahnte, die Reste seiner großbürgerlichen Herkunft zu ‚verbrennen‘, wie er im November 1928 in einem Artikel unter dem Titel ‚Partei und Intellektuelle‘ schrieb, die eigene Identität auszulöschen und dabei weder die ästhetischen Kategorien noch auch die Genossen aus vergleichbarem Sozialmilieu zu schonen. [...] Das übermächtige Bedürfnis nach

Selbstaustilgung wird [bei ihm] womöglich, von der entgegengesetzten Seite her, noch anschaulicher: der panischen Angst vor der Ausstoßung aus der Partei. [...]

Vielleicht ist es an der Zeit darüber nachzudenken, was bürgerliche Lebensform eigentlich bedeutet. In einem Essay aus dem Jahre 1909 [...] hat Georg Lukács bemerkt: ‚Bürgerlicher Beruf als Form des Lebens bedeutet in erster Linie das Primat der Ethik im Leben; dass das Leben durch das beherrscht wird, was sich systematisch, regelmäßig wiederholt, durch das, was pflichtgemäß wiederkehrt, durch das, was getan werden muss ohne Rücksicht auf Lust oder Unlust. Mit anderen Worten: die Herrschaft der Ordnung über die Stimmung, des Dauernden über das Momentane, der ruhigen Arbeit über die Genialität, die von Sensationen gespeist wird.‘ [...] Das ist in hohem Maße bürgerlich gedacht. Aber diese fast rituelle Ordnung des Lebens, die Fügung ins Zyklische, in das, was pflichtgemäß wiederkehrt, ist noch nicht die Bürgerlichkeit selbst, sondern deren äußere Bedingung: sozusagen der Rahmen, in dem sich jener Leistungswille erst entfalten kann, dem das Bürgertum alles verdankt, was erinnerungswürdig an ihm ist. Die Antriebe und verborgenen Rechtfertigungsbedürfnisse, denen es entstammt, [...] einiges davon ist, wie man weiß, in der Verknüpfung mit dem Protestantismus und der aus dieser Verbindung hervorgegangenen bürgerlichen Tugendlehre begründet. Aber dass das Bürgertum ohne eine tiefe produktions-ethische Gesinnung nicht zu denken ist und seine innerste Selbstgewissheit an einer Leistungs-idee von drakonischem Charakter hängt, die alle Sphären gesellschaftlichen Verhaltens durchdrang, Arbeitswelt und positive Wissenschaft, Recht und Philosophie, Kunst und private Lebensgestaltung: das alles ist unbestreitbar. [...] Bürgerlich ist die Idee der Konkurrenz, des Exzellierens auf allen Gebieten; bürgerlich der Wille zum Herausragenden und, daraus hervorspringend, der Sinn für individuellen Rang, auch für menschliche oder künstlerische Größe, die wiederum aufs engste mit dem zu tun hat, was man das bürgerliche Genie zur Bewunderung nannte. Und bürgerlich ist schließlich, dies alles zusammenfassend, die Faszination durch das Einzigartige, auf deren Grund ein schroffes, im Einzelfall oft mitleidloses Bekenntnis zu menschlichen Unterschieden, sogar zur Ungleichheit greifbar wird. Der Idee nach soll sie aber den Einzelnen nicht fesseln [auch nicht in der Ungleichheit], sondern soll ihm vielmehr Ansporn und Möglichkeit geben, das Besondere zu werden. [...] Dazu gehört [...] der Gedanke von der Vervollkommnung des Einzelnen, der einhergeht mit [...] der ununterdrückbaren Neigung zu Kritik und Selbstkritik. Dahinter steht die Idee der Verantwortung des Menschen sowie die seiner Befreiung durch sich selbst, und es macht, um auf die Gegenwart zu kommen, den ganzen Abstand sichtbar, der uns vom gleichsam klassischen bürgerlichen Lebensgefühl trennt, dass heute alles das Heil von Gruppenbildungen erwartet und Befreiung durchweg als soziales, nicht dagegen als individuelles Problem verstanden wird. Wodurch aber die Befreiung bewirkt wird, ist nach bürgerlichem Verständnis vor allem die Selbsterziehung. An ihrem Ende steht, was das Bürgertum mit einem seiner kanonisierten Begriffe als ‚Bildung‘ bezeichnete. [Doch wie heute] der Leistungswille verpönt ist und der Erfolg mitsamt dem darauf gegründeten Selbstbewusstsein im sozialen Verruf steht, so gibt es eine sonderbare, auf immer neue Entdeckungen versessene Leidenschaft für den, der in die Brüche geht. [...] Die verbreitete Neigung, eine bürgerliche Lebenspraxis mit einer antibürgerlichen Rhetorik zu verbinden, die private Existenz an Maßstäben zu orientieren, die man gleichzeitig im Öffentlichen diffamiert, zeigt eine tiefe Unsicherheit an: das verlorene Vermögen, zu sich selbst zu stehen, Gegnerschaft zu ertragen und Kritik nicht nur auszuhalten, sondern sich, und was man ist, daran zu messen. [...] Im Grunde hat [so etwa] die Arbeiterklasse, aus mannigfaltigen Gründen, kein bewusst sich abgrenzendes Bild ihrer Selbst entworfen und folglich

keine eigene Kultur entwickelt [...] [und] hat nicht einmal jenen Typus angenommen, den Bürger, wie Berthold Brecht, Anna Seghers, Käthe Kollwitz, und andere als eine Art Leitbild des nachbürgerlichen Menschen entworfen haben. Vielmehr haben diejenigen, die dem proletarischen Milieu entwachsen, durchweg nach Verbürgerlichung gestrebt und die Lebensmaximen der nie anders als sehnsüchtig befehdeten Klasse übernommen.“

Es geht bei der Bürgerlichkeit, welche die Grundlage bildet, um sich wertkonservativ weiterentwickeln zu können, also um die Herausbildung des Individuums, das stark genug ist, um bestehen zu können, das sich entwickelt und nach dem Besonderen strebt, das gleichzeitig aber zu Verantwortung, Hingabe und aber auch zu Kritik und Selbstkritik fähig ist, für das die Ordnung wichtiger ist als der Müßiggang, die Verantwortung der protestantischen Ethik wichtiger ist als das Aufgehen in der Masse, dessen äußere Begrenzung genauso wichtig ist wie die Begrenzung eines vereinnahmenden Staates, für das die Entwicklung aller Individualität immer Vorrang hat.

Doch wie definiert sich nun Konservatismus? Hier muss der Journalist und langjährige Berater Ludwig Erhards, *Johannes Gross*, zitiert werden, wobei das Zitat selber erneut von Joachim Fest niedergeschrieben wurde, aus seinen Gesprächen mit Johannes Gross, die er 2006 in seinem Buch „Begegnungen“ veröffentlichte:

„Konservatismus meint einen Nonkonformismus, der keiner der unausgesetzt wechselnden Tagesparolen folgt, sondern in Widerstand gegen den korrumpierenden Zeitgeist unverdrossen auf die Unterscheidungsmacht der Vernunft baut; der dem Zweifel stärker vertraut als aller vorgeblichen Gewissheit und der folglich dem Außenseitertum mehr abgewinnt als den Zusammenrottungen unter irgendeinem morgen schon vergessenen Fadenzeichen; der souverän genug ist, sich und die Welt mit jener Prise von Ironie zu betrachten, die das Zusammenleben von Menschen erst möglich macht; der selbst in den Grundsätzen, die ihm heilig sind, nicht aufdringlich wird.“

Aus der Sicht des Referenten und CDU-Mitglieds ist Konservatismus bzw. Wertkonservatismus auf der Ebene der Politik (Haltung) also durch Nonkonformismus, Skeptizismus gegenüber Trends, Unbestechlichkeit in der Haltung, durch die Idee der Freiheit des Individuums sowie als durch die protestantische Ethik definiert. Eine Ethik, die einen drängt sich einzubringen, die aber die Freiheit des Individuums in jedem Falle in den Mittelpunkt stellt. Diese Freiheit des Individuums, so viel zur Abgrenzung gegenüber dem Liberalismus, ist nur in Verbindung mit einer Verantwortung zu begreifen. Einer Verantwortung, die sich selber gegenüber genauso verpflichtet ist wie dem Anderen gegenüber. Liebe deinen Nächsten wie Dich selbst. Gemeint ist damit aber auch im bürgerlichen Sinne die Freiheit der Meinung und die geistige Freiheit jede Meinung gelten zu lassen und als gleichwertig anzusehen, solange sie nicht menschenverachtend ist und somit in der Folge keine verfassungsfeindlichen Züge annimmt und solange die andere oder die eigene Meinung nicht als moralisch überlegen definiert und angenommen wird. Genau das kann ein Konservativer nicht tolerieren, wenn sich ein Lager im Zuge einer streitkulturellen Diskussion über ein anderes Lager stellt, sich als moralisch überlegen darstellt, sozusagen das eigene Maß nicht kennt, und wenn sich dieses Lager so in einer „Arroganz der Meinung“ verliert, so wie es Helmut Schmidt und Klaus von Dohnanyi immer wieder in Bezug auf die 68er-Generation äußerten, die der alters-mildere Helmut Schmidt später als einen „Haufen dummer Gymnasiasten“ bezeichnete.

Maß-Halten-Können, Demut und Respekt anderen Menschen gegenüber, menschlicher und politischer Anstand, das Wissen um die eigene Unwichtigkeit. Das alles sind – ebenso wie die protestantische Ethik und die individuelle Freiheit – Werte, die Bürgerlichkeit ausmachen, und die der Referent dieses Vortages über seine politische Heimat, die CDU, in die Diskussion einbringen möchte. Die oben zitierten Ansätze sprechen dem Referenten schon allein daher aus dem Herzen, wie man so schön sagt, da er sich noch in früheren Jahren, nach seiner grundsätzlichen und/oder politischen Haltung gefragt, als konservativen Sokrateniker bezeichnet hätte, ohne genau zu wissen, was das im Einzelnen bedeutet.

Wichtig ist und bleibt dabei jedoch immer der Inhalt, also die Werte selber, nicht jedoch die Form, die sie sich geben. Eine klassische Ehe zu führen kann im konservativen Sinne nicht heißen, die Ehe um ihrer selbst, also um der Form willen, zu führen, sondern sie muss um des Wertes, der sich hinter ihr verbirgt (Zuverlässigkeit, Treue etc.), geführt werden und muss mit den anderen oben genannten Werten (Freiheit, Respekt etc.) ausgefüllt werden. Eine Ehe zu führen, nur weil sich die Ehe als Konstrukt gesellschaftlich durchgesetzt hat, das reicht nicht. Und den Ehepartner sowie die Kinder emotional, geistig und menschlich einzuengen, das geht ebenfalls nicht. Diese Dinge würde ein wertkonservativer Bürger dem traditionellen Kleinbürger zuordnen; demjenigen also, der nicht weiß, warum er etwas macht, sondern der etwas tut, weil es so gemacht wird, weil es Tradition ist, der persönliche und familiäre Freiheit nicht leben kann, weil er Angst vor außerplanmäßigen Entwicklungen und Andersartigem hat. Ein bisschen erinnern diese Gedanken an den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 2004, als der an und für sich integre SPD-Spitzenkandidat Thomas Mirow im Angesicht der sich anbahnenden Niederlage, die dann in der absoluten Mehrheit der CDU mündete, Bürgermeister Ole von Beust vorwarf, er würde nichts für Familien mit Kindern tun, er hätte ja als Schwuler für Kinder nichts übrig. Und genau diese Angst ist es, die der Wertkonservative auch denjenigen vorwerfen würde, die von ihrer „Arroganz der Meinung“ nicht lassen können, welche Konservative niederschreien, weil sie ihre eigene Haltung als moralisch besser ansehen und sich damit nicht eingestehen können, wie normal, spießig und unwichtig sie sind – das oben zitierte Gespenst des kommunistischen Pastors. Diesen Leuten empfiehlt der Konservative etwas mehr Gelassenheit und etwas mehr Wissen um den eigenen Wert aber auch um den Wert des Gegenüber, der genauso Respekt einfordern kann, wie eben der Gesinnungsfaschist selber, der immer nur dann zu schreien beginnt, wenn er selber Angst hat zu verlieren.

Auf der konkreten Ebene der Polity (Politikfelder) und der Politics (Strategien) lässt sich vor diesem Hintergrund der Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie die damit verbundene Wirtschaftspolitik nennen. Hier wird im parteipolitischen und regierungspolitischen Sinne der Konservative eine Politik anstreben, die das Individuum dazu in die Lage versetzt, „frei gehen zu können“, wie es Hannah Arendt in ihren Aufsätzen formulierte, die 1993 unter dem Titel „Was ist Politik?“ veröffentlicht wurden. „Der Sinn von Politik ist die Freiheit“, formulierte sie und das ist im wertkonservativen Sinne die Aufforderung dazu, jedem Bürger die Möglichkeit zu geben, sich frei zu entfalten, sich frei am Arbeits- und Wirtschaftsleben beteiligen zu können, so wie dieser Bürger es aus seiner Wahrnehmung, aus seiner Persönlichkeit und aus seiner Qualifikation heraus möchte und kann. Die Teilhabe am Berufs- und Wirtschaftsleben als Selbstverwirklichung, dass ein Lebewesen sich in die Gesellschaft einbringen kann und so Wertschätzung erlangt, wird für den Konservativen immer Vorrang haben vor einer plumpen Einführung des Mindestlohnes oder einer reinen Erhöhung der ALG 2-Sätze – das muss der

Wertkonservative als struktur- oder als wirtschaftskonservativ bewerten. Diese sind dann zu diskutieren, wenn ohne ALG 2-Satzerhöhungen oder Mindestlöhne ein menschenwürdiges Dasein nicht mehr möglich wäre. Wenn solche Maßnahmen aber dazu führen, dass über zu hohe Mindestlöhne Jugendlichen bspw. der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt wird, wie z.B. in England oder Frankreich, oder wenn zu hohe ALG 2-Sätze dazu führen, dass sich der Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht mehr lohnt, dann muss der Konservative versuchen abzuwägen, wo das richtige Maß solcher Mittel ist. Und genau das macht solche Diskussionen im politischen Alltag für Konservative so schwierig, da sie eben nicht, wie Mitglieder der Linkspartei oder des linkem Flügels der SPD dem Haavelmo-Theorem verpflichtet sind, also der Theorie, dass einzig staatliche Eingriffe den wirtschaftlichen Fortschritt einer Gesellschaft bzw. dass eine Erhöhung der Staatsausgaben eine Erhöhung der Einnahmen bedingen.

Das aktuell gültige Parteiprogramm der Bundes-CDU, das am 03.12.2007 in Hannover verabschiedet wurde – hier bewegen wir uns nun auf der Ebene der Politics, formuliert das eben Genannte sehr offen so: „Die CDU will die christlich geprägten Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie bewahren und stärken. Wir leiten aus ihnen die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit her. Diese Grundwerte erfordern, begrenzen und ergänzen einander. Der Mensch ist frei geschaffen. Die Freiheit des anderen bedingt und begrenzt die eigene Freiheit. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern und sie für das Gemeinwesen in die Pflicht zu nehmen. Solidarität ergibt sich aus der sozialen Natur des Menschen und aus dem Gebot der Nächstenliebe.

Jeder hat das Recht auf und die Pflicht zur Solidarität und trägt mit seiner Arbeit und Leistung dazu bei, dass die Gemeinschaft für den Einzelnen eintreten kann. Auch die Verpflichtung zur sozialen Sicherung beruht auf dem Grundgedanken der Solidarität. Wir wissen, dass es ohne Gerechtigkeit keine Freiheit gibt. Im Rechtsstaat heißt Gerechtigkeit gleiches Recht für alle. Es schützt vor Willkür und Missbrauch. Das Recht sichert zudem die Freiheit auch für den Schwächeren. Wir wissen allerdings auch, dass wir uns bei noch so großer Anstrengung für mehr Gerechtigkeit die absolute Gerechtigkeit nie erreichen können. Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen. Dafür bietet die Chancengesellschaft die Voraussetzungen und Möglichkeiten. Mit unserer Politik zielen wir auf eine Gesellschaft, die Jedem Freiheit sichert und alle im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbindet. Jeder muss die gleichen Chancen haben, sich so zu entwickeln, wie es seinen Anlagen und Fähigkeiten entspricht. Diese freie Entfaltung gelingt nach christlichem Verständnis nur in der Gemeinschaft. Freie, selbstbewusste Persönlichkeiten bilden die Chancengesellschaft und ermöglichen zugleich deren inneren Zusammenhalt.

Die CDU vertraut auf die Fähigkeit der Menschen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Politik soll diese Eigenverantwortung und damit das Prinzip der Subsidiarität im gesellschaftlichen und politischen Leben fördern. Wir treten ein für die Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft, Anerkennung der verbindlichen kulturellen Grundlagen, der Werte, die unserer Geschichte entstammen und in unser Grundgesetz eingegangen sind, bilden unsere politische Kultur.“

Dagegen möchte ich einen Auszug aus dem Grundsatzprogramm der Bundes-SPD stellen, das am 28.10.2007 in Hamburg verabschiedet wurde: „Unsere Prämisse,

dass der Staat handlungsfähig sein muss, dass Demokratie keine Ohnmacht verträgt und Gestalten vor Erdulden geht, setzt sich immer mehr durch. Die Werte und Ziele der Sozialdemokratie finden heute große Zustimmung in unserer Gesellschaft. (...) Den Menschen verpflichtet, in der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus, mit Sinn für Realität und mit Tatkraft stellt sich die deutsche Sozialdemokratie in der Welt des 21. Jahrhunderts ihren Aufgaben. Für dauerhaften Frieden und für die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen. Für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft. Für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst. Wir erstreben eine friedliche und gerechte Weltordnung. Wir setzen auf die Stärke des Rechts, um das Recht des Stärkeren zu überwinden. (...) Wir entwickeln den vorsorgenden Sozialstaat, der Armut bekämpft, den Menschen gleiche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet, gerechte Teilhabe gewährleistet und die großen Lebensrisiken verlässlich absichert.“

Die eben zitierten Passagen zeigen bei aller Ähnlichkeit, warum nach den obigen Ausführungen der Referent dieses Vortrages fast zwangsläufig in der CDU landen musste, da er mit Begriffen, wie demokratischer Sozialismus, vorsorgender Sozialstaat, Angst und der Stärke des Rechts nur wenig anfangen kann. Natürlich wird der Wertkonservative den Schwachen gegenüber solidarisch sein, aber Befähigung zur Arbeit, zur Teilhabe am Arbeitsmarkt ist besser als ein rein vorsorgender Sozialstaat. Und natürlich wird ein Konservativer nicht wirklich etwas gegen positives Recht haben, aber eine Begrenzung des Staates ist besser als ein Staat, der denkt, er könne ins Privatleben aller Menschen eingreifen – so wie es der ehemalige Innenminister der SPD, Otto Schily sagte, als er seinen Parteigenossen 2002 auf einem NRW-Parteitag zurief: „Law and Order ist im Sinne des kleinen Mannes. (...) Und ich weiß nicht, was so viele nicht daran verstehen, dass es nichts Unehrenhaftes ist die Sicherheit unserer Bürger zu sichern, ebenso wie die hier lebenden Migranten. Doch auch hier sagen ich: Türken zum Beispiel sollen sich in Deutschland assimilieren!“

Soweit dazu. Natürlich sind gerade auch in den Schlussbetrachtungen einige der oben definierten Ebenen von (Politization, Politic etc.) durcheinander geraten. Das aber lässt sich bei einem politisch denkenden Mensch nicht vermeiden. Ich hoffe, dass die vorgelegten Gedanken den Anstoß zu einer interessanten Diskussion liefern!